

## Fragen an die zur Landtagswahl stehenden politischen Parteien in Schleswig-Holstein:

1. Welchen Stellenwert hat für Ihre Partei der Wassersport/ der Wassertourismus für Schleswig-Holstein?

Antwort: Als Land zwischen zwei Meeren sollten Wassersport und Wassertourismus ganz selbstverständlich einen sehr hohen Stellenwert haben. Ideologisch begründete Einschränkungen wird es mit der AfD nicht geben.

2. Als wie bedeutsam erachtet Ihre Partei den Wassersport für den Tourismus in Schleswig-Holstein und für die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Studien-, Ausbildungs- und Wohnort für junge Menschen?

Antwort: Der Tourismus ist in SH ohne den Wassersport gar nicht denkbar! Bei vielen jungen Menschen spielt die Nähe zum Meer eine entscheidende Rolle bei der Wohnort- oder Studienfrage. Ein eingeschränkter Wassersport würde zur Abwanderung in andere Bundesländer oder nach Dänemark führen. Die AfD wird sich für den Wassersport einsetzen.

3. Wenn Ihre Partei, in der nächsten Legislaturperiode für Wirtschaft und Tourismus zuständig wäre. Wie würden Sie den Wassertourismus fördern?

Antwort: Eine gezielte Verbesserung der Infrastruktur fördert den Tourismus und hat eine Lenkungsfunktion. Angebote statt Verbote!

4. Große Teile des schleswig-holsteinischen Küstenmeeres sind Natura 2000-Gebiete. Würde Ihre Partei zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt Wasserflächen für den Wassersport vorsorglich sperren oder nur auf Basis von wissenschaftlich fundierten Fakten?

Antwort: Eine flächendeckende Ausweitung der Schutzgebiete wird es mit der AfD nicht geben. Einzelne, nachgewiesene Brutgebiete von Seevögeln sollen aber vom Wassersport freigehalten werden.

5. Sollte das Kitesurfen an Nord- und Ostsee (und Elbe) über die heute bereits bestehenden Verbote (bestehende Naturschutzzonen, Vogelschutzgebiete, Badestrände etc.) hinaus räumlich und/oder zeitlich eingeschränkt werden?

Antwort: Das Kitesurfen sollte als ganz normale Wassersportart behandelt werden und zusätzliche Verbote nur für das Kitesurfen sind nach unserer Meinung nicht nötig.

6. Sollte das Kitesurfen an der Nordseeküste im Wege einer Novellierung der BundeswasserstrassenVO generell und bei gleichzeitiger Einrichtung von bestimmten Erlaubniszonen verboten werden?

Antwort: Nein, diese Einschränkung geht viel zu weit!

7. Kitesurfen ist eine emissionsfreie und zukünftig olympische Sportart. Sollte diese gegenüber gleichartigen Wassersportarten wie z.B. Kanufahren, Windsurfen und Segeln gleichbehandelt werden?

Antwort: Ein klares JA

8. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit plant im Fehmarnbelt ein neues Naturschutzgebiet. In diesem angeltouristisch bedeutsamen

Gebiet soll in großen Teilen die Freizeitfischerei verboten werden? Wie steht Ihre Partei zu diesem Vorhaben des BMUB?

Antwort: Ein vollständiges Verbot der Angelfischerei im Fehmarnbelt ist übertrieben. Nicht wenige Touristen kommen nur wegen des Angelsports zu uns und würden bei den vielen geplanten Verboten nach Dänemark abwandern.

9. Seit Anfang 2017 gilt für die Freizeitfischerei in der westlichen Ostsee ein „bag limit“ auf Dorsch. Gleichzeitig wurde die Dorschquote für die Fischerei massiv gekürzt. Die Fischerei erhält hierfür von der EU, dem Bund und dem Land eine finanzielle Unterstützung. Für eine finanzielle Unterstützung der extrem betroffenen angeltouristischen Betriebe sind die Bundesländer zuständig. Wie würde Ihre Partei den betroffenen angeltouristischen Betrieben helfen?

Antwort: Eine Fangquote für die Freizeitfischerei ist übertrieben. Über Mindestmaße könnte der Dorsch geschützt werden. In der Berufsfischerei streben wir die Abschaffung der Treibstoffzuschüsse an, damit Fahrten für kleine Fangmengen unterbleiben. Statt der Fangquoten möchten wir eine Verringerung der Schleppgeschwindigkeit und größere Maschenweiten, um kleineren Fischen ein Entkommen zu ermöglichen. Bisher werden sie am Netzende zerquetscht.

10. Wohnen auf dem Wasser liegt im Trend. Viele Hafenbetreiber würden dieses gerne nutzen und entsprechende Angebote schaffen. Die aktuelle Auslegung der Rechtsprechung in Schleswig-Holstein macht es aber nahezu unmöglich ein entsprechendes Angebot wirtschaftlich darzustellen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen die rechtlichen Anforderungen für Wohnen auf dem Wasser/ Ferien auf dem Wasser in der nächsten Legislaturperiode zu erleichtern?

Antwort: Darüber gibt es in der AfD SH noch keine abgeschlossene Meinung. In bestimmtem Umfang sollte das Wohnen auf dem Wasser aber kein Problem darstellen.